

REDE NRW2030

REDE VON

NORBERT RÖMER

Politischer Aschermittwoch,

Schwerte, 1. März 2017

(es gilt das gesprochene Wort)

Anrede,

heute ist ein schöner Tag: Wir feiern Jubiläum. Hier im Freischütz. Unseren 25. Politischen Aschermittwoch. Und besser könnte es gar nicht sein. Der Saal ist rappellvoll, tolle Stimmung, unsere Partei brennt vor Kampfeswillen, 2.300 Neueintritte seit Jahresbeginn in NRW; 10.600 deutschlandweit. Das sind jetzt schon nach nur zwei Monaten 80 Prozent der gesamten Parteieintritte im vorigen Jahr. Einige Neue sind unter uns. Wir sagen unseren Neuen: Seid willkommen, wir freuen uns auf euch, mischt euch ein, macht mit. Lasst uns zusammen kämpfen. Wir werden gewinnen.

Und unsere politischen Wettbewerber?

Die Unionsparteien sind immer noch mit sich selbst beschäftigt. Inzwischen wirken sie sogar richtig erleichtert.

Es gibt jetzt einen Burgfrieden.

Man will sich nicht mehr streiten.

Und man will sich nicht mehr raufen.
Von nun an herrscht Stille in der Union.
Funkstille und Stillstand:
politisch, programmatisch und personell.

Unsere SPD dagegen steht für Aufbruch!
Für Fortschritt, Gerechtigkeit und eine bessere Zukunft!
Hannelore Kraft bleibt die Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen!
Und:
Martin Schulz wird der nächste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland!

Lieber Martin,
du bist mit einem enormen Rückenwind gestartet!
Du sprühst vor Ehrgeiz und Tatendrang.
Und so mancher Konservativer schickt deshalb täglich Stoßgebete gen Himmel: „Möge sein Rückenwind doch endlich abflauen!“
Doch das wird nicht passieren!
Erst kommt weitere Schubkraft aus dem Saarland, dann aus Schleswig-Holstein und dann zünden wir das Triebwerk NRW!
Dein Rückenwind wird ein starker Westwind sein.
Darauf kannst du dich verlassen!

Anrede,
wer nach Erklärungen für die rote Rakete in den Umfragen sucht, der wird auch in Fernsehbildern fündig.
Bilder sagen mehr als Worte – und manchmal sogar mehr als Meinungsforschung.

Ich spreche vom sogenannten „Friedensgipfel“ der Unionsparteien in München.

Dort hat Horst Seehofer die Noch-Kanzlerin Angela Merkel zur gemeinsamen Spitzenkandidatin von CDU und CSU ausgerufen – und das mit einem Bandwurmsatz, der so viel Elan, Feuer und Leidenschaft

versprüht wie einst die offiziellen Verlautbarungen des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei der Deutschen Demokratischen Republik.

Gönnt Euch das Vergnügen!
Sucht die Videos im Netz,
entspannt und genießt!

Zu sehen sind zwei Parteivorsitzende, für die dieser Termin eine einzige Qual ist.
Merkel und Seehofer haben sich nichts mehr zu sagen.
Die sind miteinander fertig.

Lest einfach nach, was die Unionsparteien als Ergebnis ihres Friedensgipfels schriftlich festgehalten haben.
Dort heißt es: „Wir sind zwei eigenständige Parteien mit vielen gemeinsamen und manchen unterschiedlichen Positionen.“

Ja, das ist uns auch schon aufgefallen.
Wer die Politik der eigenen Kanzlerin eine „Herrschaft des Unrechts“ nennt, der vertritt offensichtlich andere Positionen.
Und zwar derart andere, dass sie die Vertrauensfrage im Deutschen Bundestag gerechtfertigt hätten.
Doch stattdessen will die CSU nun dafür werben, die Amtszeit genau dieser Kanzlerin um vier Jahre zu verlängern.
Da wird man in Bayern einiges zu erklären haben.
Das wird sicher interessant!

Über eines können die Konservativen nicht hinwegtäuschen:
CDU und CSU sind müde und ausgebrannt.
Sie haben sich selbst nichts mehr zu sagen.
Aber vor allem: Sie haben den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes nichts mehr zu sagen!

Die Menschen in ganz Deutschland begnügen sich nicht mehr mit einer Verwaltung der Gegenwart.

Sie verlangen nach einem realistischen, aber auch optimistischen Zukunftsentwurf!
Und sie wollen zwischen verschiedenen Zukunftsentwürfen wählen können.

Die Zeit einer Politik „jenseits von Links und Rechts“, des Fahrens auf Sicht von Alternativlosigkeit zu Alternativlosigkeit, ist zu Ende.

In Nordrhein-Westfalen übrigens schon seit dem 14. Juli 2010, seit dem Tag, an dem Hannelore Kraft zur Ministerpräsidentin gewählt wurde.

Wir haben bewiesen, dass Politik nicht nur die Kunst des Möglichen ist.

Sozialdemokratische Politik ist immer auch die Kunst, das Notwendige möglich zu machen!

- Bildungsgerechtigkeit ist nicht nur notwendig – sie ist auch möglich.
Unser Projekt „Kein Kind zurücklassen“ ist der Beweis.
- Steuergerechtigkeit ist nicht nur notwendig, sondern auch möglich.
Der Beweis sind die drei Milliarden Euro, die unseren Bürgerinnen und Bürgern von Steuerkriminellen gestohlen wurden und die sich unser Finanzminister zurückgeholt hat: für bessere Kitas, Schulen und Straßen.
- Nicht zuletzt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf: notwendig und möglich! Die Verdoppelung der U3-Betreuungsplätze, zusätzliche 80.000 Plätze im Ganztags und 100 Prozent mehr Geld für die frühkindliche Bildung sind Beweis genug.

Anrede,

Wir sind die Alternative zur Alternativlosigkeit!

Wir sind die Alternative zu den angeblichen Sachzwängen der kalten „Privat-vor-Staat-Ideologie“ – und das seit nunmehr fast sieben Jahren!

In den vielen tausend Gesprächen, die wir in den kommenden drei Monaten führen werden, wird jede und jeder von uns mit Recht sagen können:

Ich bin ein stolzes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei!

Der erste Grund dafür ist unsere Regierungsbilanz:

Beschäftigung auf Rekordniveau, Zukunftsinvestitionen auf Rekordhöhe und mehr Familienleistungen als jemals zuvor.

Der zweite Grund ist unser Wahlprogramm: der NRW-Plan.

Es ist ein Plan für Fortschritt und Gerechtigkeit,

ein Plan für Aufstieg, Sicherheit und Zusammenhalt!

Wir bieten Konzepte für eine starke Wirtschaft mit guter Arbeit.

Wir wollen die beste Bildung für jedes Kind in jeder Stadt.

Wir verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und entlasten junge Eltern von Gebühren.

Und was sind nun die Alternativen der Opposition?

Wir hören wieder das alte Lied vom Bürokratieabbau.

Das haben sie auch schon 2005 gesungen.

Hunderte von Regeln und Vorschriften wollten sie abschaffen.

Ein fulminantes Streichkonzert sollte es geben.

Und was haben sie dann aufgeführt?

Ein Konzert mit der Luftgitarre!

Es war eine Riesenpleite. Nichts haben sie hingekriegt.

Jetzt geht alles wieder von vorne los:

Viele Sprechblasen, keine Substanz!

Ihre Finanz- und Wirtschaftspolitik besteht nur aus Überschriften, Phrasen und Floskeln.

Wenn CDU und FDP über Bürokratieabbau sprechen, dann meinen sie in Wahrheit die Absenkung von Standards im Verbraucher- und Umweltschutz, das Ende der Frauenförderung und die Beschneidung von Mitbestimmungs- und Arbeitnehmerrechten.

Dazu will ich nur eines sagen:

Wer heute immer noch glaubt, Arbeitnehmerrechte seien ein Wachstumshindernis für Mittelstand und Industrie, der glaubt auch, öffentliche Gesundheitsfürsorge sei eine Wachstumsbremse für Bestattungsunternehmen.

Besonders radikal sind mal wieder die Liberalen!

Die FDP-Programmatik gleicht einer monströsen Goldkette:

ziemlich hässlich, ziemlich teuer – und völlig nutzlos.

Aber einige wenige können sich das leisten – und das soll jeder sehen!

Eines allerdings muss man der FDP lassen:

Sie steht wenigstens zu ihrer neoliberalen Ideologie.

Die CDU nicht!

Im Gegenteil: Der Laschet-CDU sind die eigenen Überzeugungen peinlich!

Fünf Jahre lang hat sie im Landtag für Studiengebühren und gegen die Abschaffung der Kita-Gebühren gekämpft.

Die Mehrbelastung für Familien und junge Menschen: bis zu 1.000 Euro im Jahr für Studierende!

2.000, 3.000 Euro oder gar noch mehr im Jahr für die Eltern kleiner Kinder.

Und das nicht nur für Besserverdienende!

Nein! Für ganz normale Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer!

Für Maschinenführer, Krankenschwestern oder Angestellte im öffentlichen Dienst.

Das will die Laschet-CDU immer noch.

Sie will nur nicht mehr darüber reden.

Sie hat Angst vor den Wählerinnen und Wählern.

Deshalb eignet sich ihr Wahlprogramm auch als Examensprüfung für Juristen, Germanisten oder Theologen:

Was möchten uns die Autoren sagen?

Sind sie für oder gegen Bildungsgebühren?

Antwort der CDU: „Kommt drauf an, vielleicht ja, vielleicht nein, eigentlich schon – sehr sogar!, aber nicht unbedingt, jedenfalls nicht vor den Wahlen, nur nach den Wahlen.“

Das CDU-Wahlprogramm ist eine einzige Farce: eine politische Tragik-Komödie, die ihresgleichen sucht. Die Christdemokraten lassen sich wie Quallen auf den Oberflächenströmungen medialer Stimmungen treiben.

Ihr Vorsitzender Laschet ist ein Flip-Flopper: Heute für das eine.

Morgen für das Gegenteil – und wenn es sein muss, für beides gleichzeitig.

Er ist hasenfüßig, wenn Mut und Standhaftigkeit gefragt sind.

Er zaudert und laviert, wenn Entschlossenheit vonnöten wäre.

Und er versteckt sich, wenn nach Führungskraft verlangt wird.

Beispiel Innere Sicherheit:

Will die CDU mehr Polizei?

Antwort: „Kann man nie wissen; unter Umständen eventuell ja, möglicherweise aber auch nicht, mal sehen.“

Die Laschet-CDU hat so große Angst vor den Wählerinnen und Wählern, dass sie sich auf nichts festlegen lassen will.

Auf rein gar nichts!

Nicht einmal auf ein Bekenntnis für mehr Polizei.

Andererseits passt das wieder ins Bild:

Laschet ist kein schwarzer Scheriff!

Das war er nie – und das wird er auch nicht mehr werden.

Er glaubt aber, Opportunismus könne ihn direkt in die Staatskanzlei spülen.

Doch da irrt er gewaltig.

Anrede,

vor einiger Zeit habe ich der Opposition ein freundliches Angebot gemacht:

Wenn CDU und FDP aufhören, die Unwahrheit über NRW und Rot-Grün zu verbreiten, dann können wir aufhören, die Wahrheit über Schwarz-Gelb zu sagen.

Auf das Angebot sind sie nicht eingegangen.

Also sagen wir weiter die Wahrheit über Schwarz-Gelb!

Wir können uns die Wahlkabine wie eine Zeitmaschine vorstellen.

Wer den schwarz-gelben Knopf drückt, wird zehn Jahre zurückreisen: in die Zeit der kalten „Privat-vor-Staat-Ideologie“.

Arbeitnehmerrechte zählen dann nicht mehr viel.

Die Mitbestimmung im Öffentlichen Dienst wird wieder eingeschränkt.

Frauenförderung gilt als überflüssig.

Kinderbetreuung oder ein Hochschulstudium sind

Güter, die man sich leisten kann – oder eben nicht.

Wer aber den roten Knopf drückt, bricht mit der SPD und Hannelore an der Spitze in eine gute Zukunft auf:

Wir stehen für eine Zukunft, in der Nordrhein-Westfalen wirtschaftlich und technologisch zur Spitzengruppe der Welt gehört.

Auch weil unser Land dann immer noch ein Land der Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft ist.

Wir wollen eine starke öffentliche Hand, die Arbeitnehmerrechte schützt, und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert.

Junge Eltern werden von Gebühren entlastet.

Ihre Kinder werden individuell gefördert – von der Kita bis zum Berufseinstieg.

Ein Kind ist für eine alleinerziehende Mutter kein Job-Risiko, auch kein Karrierehindernis mehr.

Die Selbstbestimmung aller Frauen hat für uns den gleichen Wert.

Die beste Bildung für ihre Kinder erst recht.

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen kennen Wandel und sie können Wandel.

Sie wollen aber, dass es dabei gerecht zugeht!

Gerechtigkeit beginnt immer mit Chancengleichheit.

Aber sie hört damit noch nicht auf!

Wem das Leben aus den Händen gleitet, verdient zweite und dritte Chancen!



Bei uns in NRW und in ganz Deutschland!

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen wieder auf die modernen alten Tugenden der Arbeiterbewegung:

Optimismus, Fortschritt und Solidarität!

Freut euch jetzt auf Hannelore Kraft!

Glück auf für unsere gemeinsame Sache!